

NEBENEINKÜNFTE

Steinbrück soll 1,25 Millionen Euro verdient haben

Die Honorareinnahmen des SPD-Kanzlerkandidaten sind laut einem Bericht höher als gedacht: Innerhalb von drei Jahren soll er mehr als eine Million Euro verdient haben.

29.10.2012 - 13:55 Uhr

© Steffi Loos/dapd



Ein gern gesehener Redner: SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück

Durch seine Reden und Vorträge ist SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zum Honorarmillionär geworden. Dies berichtet die Bild-Zeitung und beruft sich dabei auf einen Bericht des von Steinbrück beauftragten Wirtschaftsprüfers. Demnach kann der frühere Finanzminister für die Jahre zwischen 2009 und 2012 ein Gesamthonorar von 1,25 Millionen Euro vorweisen.

Wie *Bild* meldet, hat er dafür in den veranschlagten drei Jahren insgesamt 89 Honorarvorträge gehalten. Der höchste sei dabei mit 25.000 Euro dotiert gewesen, der geringste mit 1.000 Euro. Im Durchschnitt, so die Zeitung, erhielt Steinbrück für einen Vortrag 14.065 Euro Honorar, davon blieben ihm bei einem Steuersatz von 48,5 Prozent 7.314 Euro pro Vortrag.

Im gleichen Zeitraum hat Steinbrück aber auch Vorträge gänzlich ohne Honorar gehalten – laut dem Boulevardblatt sind dies 237 Stück. Darunter sind jene vor der Friedrich-Ebert-Stiftung, vor Schulen und gemeinnützigen Organisationen.

Steinbrück hatte Offenlegung angekündigt

Hinzu kommen solche Veranstaltungen, bei denen Steinbrück sein Honorar auf direktem Weg sozialen Einrichtungen gespendet habe. *Bild* nennt als Beispiel – mit Bezug auf das Wirtschaftsprüferpapier – etwa einen Vortrag vor der Tafel Monheim, der Familienberatungsstelle Pro Familia und im Jazz-Museum.

Bislang war vermutet worden, dass Steinbrück mit Reden und Vorträgen mehrere Hunderttausend Euro verdient hatte. Auf die Kritik daran reagierte er Anfang Oktober: Eine Düsseldorfer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft werde seine Unterlagen prüfen, im Anschluss werde er seine Nebeneinkünfte offenlegen.

Trotz Zehn-Stufen-Modell keine volle Transparenz

Die Causa Steinbrück beendete vorerst auch die jahrelange Diskussion über neue Transparenzregeln für die Nebeneinkünfte von Abgeordneten. Aufgeschreckt durch die öffentliche Debatte und die Forderung der Opposition, die Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genau offenzulegen, gingen Union und FDP in die Offensive und legten ein eigenes Modell vor. SPD, Linke und Grüne wurden überrumpelt, die Reform mit den Stimmen von Schwarz-Gelb in der Rechtsstellungskommission des Bundestages beschlossen. Demnach müssen Parlamentarier Nebeneinkünfte künftig statt in drei in zehn Stufen veröffentlichen.

Allerdings haben erste Prüfungen dieser Lösung ergeben, dass damit immer noch große Teile der tatsächlichen Nebeneinkünfte verschleiert werden könnten: Die Organisation abgeordnetenwatch.de berechnete dies am Beispiel des CDU-Abgeordneten Heinz Riesenhuber. Danach kassierte er mit seinen zahlreichen Aufsichtsrats- und Beiratsposten tatsächlich 298.500 Euro nebenbei. Nach dem Koalitionsmodell müsste Riesenhuber aber lediglich einen Zusatzverdienst von 210.000 Euro anmelden. Fast ein Drittel der Einkünfte blieben der Öffentlichkeit damit weiterhin verborgen.

QUELLE: ZEIT ONLINE, dpa, kg

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-10/steinbrueck-nebeneinkuenfte-honorar/komplettansicht>